



Inhalt	Seite
<b>1. <u>Binnenmarkt</u></b>	
1.1 Erklärung des Europäischen Parlaments zur Unterstützung der freien Berufe	2
1.2 Lobbyistenregister der Kommission	2
<b>2. <u>Wirtschaft und Handel</u></b>	
2.1 Französische Ratspräsidentschaft will „Small Business Act“ weiter fördern	3
<b>3. <u>Recht</u></b>	
3.1 Referenzrahmen und gemeinsame Grundsätze des Bauvertragsrechts	4
3.2 Zukunft des Lissaboner Vertrags	4
<b>4. <u>Energie und Umwelt</u></b>	
4.1 EU befasst sich weiterhin intensiv mit der Energie- und Klimapolitik	5
4.2 Neue Abfallrahmenrichtlinie EU-Parlament verabschiedet	5
<b>5. <u>Regionalpolitik / Stadt- und Raumplanung</u></b>	
5.1 Grünbuch zum Thema Mobilität in der Stadt weitgehend vom Parlament begrüßt	6
5.2 Weiterentwicklung von Territorialen Agenda...	7
<b>6. <u>Förderprogramme</u></b>	
6.1 Concerto Initiative gestartet	7
6.2 Interret IV C – 2. Call veröffentlicht	7
<b>7. <u>UIA / ACE / Internationales</u></b>	
7.1 UIA-Politik, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen und diverse Informationen	8
7.2 UIA und andere Veranstaltungen	10
7.3 UIA und andere Wettbewerbe	10
7.4 ACE	11
<b>8. <u>Kurz notiert</u></b>	12
<b>9. <u>In eigener Sache</u></b>	13

Ausgabe Nr.

3/2008

Stand: 18. Juli 2008

Redaktion:

RA Joachim Jobi (JJ)  
Thomas Michael Haas (TH)  
Claudia Sanders (CS)

## 1.1 Erklärung des Europäischen Parlaments zur Unterstützung der Freien Berufe

Bereits am 16. Juni 2008 haben fünf Mitglieder des Europäischen Parlaments die sog. *"Schriftliche Erklärung zum Schutz zur Bedeutung der Freien Berufe für Europa"* vorgelegt. Initiatorin der Erklärung ist die deutsche Abgeordnete Dr. Angelika Niebler (CSU). Die Erklärung betont die Bedeutung der Freien Berufe für die europäische Wirtschaft ebenso wie die Lissabon-Strategie der EU und unterstreicht dabei auch die besondere gesellschaftliche Rolle dieser Berufe. Bezug nehmend auf die Berufsanerkennungsrichtlinie (Erwägungsgrund 43) und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zum Begriff des Freien Berufes fordert das Europäische Parlament mit der Erklärung die Kommission ausdrücklich auf

- die Wertschöpfung der Freien Berufe für die europäische Gesellschaft insgesamt anzuerkennen und sie nicht ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu beurteilen;
- die Selbstverwaltung der Freien Berufe als Beitrag zur Umsetzung der Lissabon-Strategie der EU anzuerkennen;
- zu bedenken, dass eine verfrühte Liberalisierung zu einem Qualitätsverlust der erbrachten Dienstleistungen führen und die flächendeckende Versorgung mit diesen Leistungen gefährden würde;
- im Falle weiterer Reformen und bei Konflikten eine einvernehmliche Lösung in Zusammenarbeit mit Rat und Parlament zu suchen, anstatt vor dem EuGH zu klagen.

Die schriftliche Erklärung des Europaparlaments hat für Kommission und Rat zwar keine rechtlich bindende Wirkung, ist aber als deutliche Kritik am Vorgehen der Kommission zu verstehen, die in der Vergangenheit die Deregulierung der freien Berufe zum Teil als Selbstzweck angesehen hat. Die Erklärung hat besonders wegen der 2009 anstehenden Europawahlen politisches Gewicht, weil nach der Wahl Kommissare und Kommissionspräsident als Kollegium kollektiv durch das Parlament bestätigt werden müssen.

Da für das Wirksamwerden der Erklärung die Unterschrift von Mindestens der Hälfte der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (393) erforderlich ist, hat das Brüsseler Büro Kontakt zu den Abgeordneten der Europäischen Parlaments aufgenommen und einen Musterbrief an die Europaabgeordneten verfasst, der den Kammern zur Verfügung gestellt wird. ([JJ](#))

Den Text der schriftlichen Erklärung finden Sie [hier...](#)

## 1.2 Lobbyisten-Register der EU-Kommission operationell

Für in Brüssel tätigen Interessenvertreter besteht seit dem 23. Juni die Möglichkeit, sich in dem sog. Lobbyistenregister der Kommission einzutragen. Erfasst werden Tätigkeiten, *„mit denen auf die Politikgestaltung und den Entscheidungsprozess der europäischen Organe und Einrichtungen Einfluss genommen werden soll.“* Dabei unterscheidet das Register drei Gruppen von Interessenvertretern:

- Professionelle Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien,
- Unternehmens-Lobbyisten und Berufsverbände,
- NGOs und Think Tanks.

Die Kriterien für die Registrierung unterscheiden sich vor allem anhand der Anforderungen an die finanzielle Offenlegung. Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien müssen eine detaillierte Aufschlüsselung ihrer Gewinne aus Lobbying-Tätigkeiten in Schritten von 50.000 Euro oder in 10%-Schritten angeben, während Unternehmensvertreter und Wirtschaftsverbände die geschätzten Kosten ihrer direkten Lobbytätigkeit bei den EU-Organen angeben müssen. NGOs und Think Tanks schließlich müssen ihr gesamtes Budgets veröffentlichen und ihre wichtigsten Finanzierungsquellen benennen.

Ergänzt wird das Register durch einen Verhaltenskodex, der das Verhalten der Interessenvertreter bei der Arbeit mit der Europäischen Kommission regelt. Der Kodex enthält „klare und nachprüfbare Regeln“ für die Beziehungen der Interessenvertreter zu Mitarbeitern der europäischen Institutionen und legt gleichzeitig allgemeine Grundsätze wie Offenheit, Transparenz und Ehrlichkeit fest, die im Umgang mit den Beamten der europäischen Institutionen beachtet werden müssen. Um in das Register der Kommission aufgenommen zu werden, muss entweder dieser Kodex oder ein gleichwertiger Verhaltenskodex mit identischen oder strengeren Auflagen eingehalten werden. Die Registrierung ist nicht verpflichtend, wird von der Kommission aber empfohlen und ist mit einem verbesserten Zugang zu Informationen verbunden. ([JJ](#))

Informationen zum Kodex der Kommission finden sich [hier ...](#)

## **2. WIRTSCHAFT UND HANDEL**

### **2.1 Französische Ratspräsidentschaft will „Small Business Act“ weiter fördern**

Der französische Ratsvorsitzes will sich unter der am 1. Juli 2008 angelaufenen Ratspräsidentschaft verstärkt um den sog. „Small Business Act“ (SBA) bemühen. Wie bereits berichtet (BaB 1/2008), ist der SBA ein Instrument zur Marktöffnung, -positionierung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). KMU sichern auf EU-Ebene ca. 70% der Arbeitsplätze und des BSP und sind somit ein wichtiger marktpolitischer Faktor. Im Sinne der Lissabon-Strategie für die Förderung des Wettbewerbs auf EU- ebenso wie auf internationaler Ebene soll dadurch vor allem der Marktzugang für KMU vereinfacht und erleichtert werden.

In dem am 27. Juni 2008 veröffentlichten SBA hat die Kommission sieben Hauptziele definiert, die durch diese Initiative erreicht werden sollen:

- Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz des freien Unternehmertums
- Vereinfachung des Zugriffs auf Risikokapital
- Verbesserung von Qualifikation und Innovation
- Verbesserung der Innovationsfähigkeit und verbesserte Finanzierung von Forschung und Entwicklung
- Beseitigung administrative Hürden
- Verbesserung der Information über öffentliche Ausschreibungen innerhalb und außerhalb Europas
- Förderung von Innovation und Beschäftigung.

Auf Ratsebene soll der SBA durch die Mitgliedsstaaten der EU erstmals am 17./18. Juli 2008 diskutiert werden. ([JJ](#))

Weitere Informationen zum SBA finden Sie im Internet [hier...](#)

Die Auswertung der öffentlichen Konsultation durch die Kommission erhalten Sie [hier...](#)

### 3.1 Referenzrahmen und gemeinsame Grundsätze des Bauvertragsrechts

Nachdem die Europäische Kommission bereits im Mai erste Ergebnisse der von ihr in Auftrag gegebenen Untersuchung zu gemeinsamen Prinzipien, Definitionen und Modellvorschriften des Europäischen Privatrechts der Öffentlichkeit vorgestellt hat, liegen nun die Ergebnisse in englischer Sprache auch in gedruckter Fassung vor. In diesem Gemeinsamen Referenzrahmen (*Draft Common Frame of Reference - DCFR*) finden sich auch Ausführungen zu gemeinsamen Prinzipien eines europäischen Bauvertragsrechts (unter *Part C, Chapter 3, Construction*), die unter anderem auf dem 26. Deutschen Juristentag im September diesen Jahres der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden sollen.

Aus diesem Anlass soll unter Mitarbeit der Kammern im Rahmen des gerade gegründeten Arbeitskreises Europa bei der Deutschen Gesellschaft für Baurecht im Umlaufverfahren ein Positionspapier erarbeitet werden, in dem sich die Stellungnahmen der Kammern wiederfinden, um diese gegebenenfalls in die einsetzende Fachdiskussion zu diesem Thema einbringen zu können. Die BAK ist in dem Arbeitskreis Europa vertreten und wird noch im Laufe des Monats Juli die Ergebnisse der ersten Sitzung des Arbeitskreises den Kammern zur Verfügung stellen. ([JJ](#))

### 3.2 Zukunft des Lissabonner Vertrags

Nach der bekannten Ablehnung des Lissabon-Vertrages durch das irische Referendum stellt sich erneut die Frage nach dessen Zukunft der für ein besseres Funktionieren der EU dringend erforderlichen institutionellen Reformen. Der Reformvertrag kann nur nach Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten in Kraft treten. Dies ist nach der Ablehnung in Irland zumindest kurzfristig nicht zu erwarten, jedoch bestehen auch in Deutschland und der Tschechischen Republik weiterhin politische Unsicherheiten bei der Ratifizierung des Vertrages. In Deutschland hat der Bundespräsident die Unterzeichnung des Ratifizierungsgesetzes bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über eine gegen den Vertrag eingereichte Klage zurückgestellt. Ähnlich liegen die Dinge in der Tschechischen Republik, wo der Vertrag derzeit ebenfalls einer verfassungsgerichtlichen Prüfung unterliegt.

In dieser Situation werden drei mögliche Optionen diskutiert, die die EU aus der politischen Sackgasse führen sollen:

- Verstärkte Kooperation der Gruppe derjenigen Mitgliedsstaaten, die eine stärkere Integration befürworten. Diese Lösung wurde bereits früher als ‚Europa verschiedener Geschwindigkeiten‘ bezeichnet und würde wohl die Unterstützung Deutschlands und Frankreichs erhalten, wird aber gleichzeitig von den kleinen und neueren Mitgliedsstaaten abgelehnt.
- Anwendung des Vertrags auf nur 26 Länder, unter Einräumung eines spezieller Status für Irland. Irland könnte bei dieser Lösung vorübergehend aus dem Integrationsprozess aussteigen.
- Erneute Abstimmung in Irland über einen überarbeiteten Text, nachdem der Ratifizierungsprozess in allen anderen Mitgliedsstaaten abgeschlossen ist. Der überarbeitete Text könnte Irland dann bestimmte Sonderrechte gewähren. ([JJ](#))

### 4.1 EU befasst sich weiterhin intensiv mit der Energie- und Klimapolitik

Die Energie- und Klimapolitik steht weiter auf der politischen Agenda der Europäischen Institutionen. So hat am 8. Mai 2008 der Europaabgeordnete Claude Turmes einen Bericht über die Kommissionsvorschläge zur Förderung erneuerbarer Energien an das Parlament übergeben. Hintergrund dafür ist das am 23. Januar 2008 von der Kommission vorgelegte Maßnahmenpaket – „20 und 20 bis 2020“ (siehe BAB 2/2008) das für die einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Zielvorgaben für erneuerbare Energien festschreibt. Der Bericht kritisiert das Ziel der Kommission, den Anteil von Biokraftstoffen auf 10 % der Verkehrskraftstoffe zu erhöhen ebenso wie den Handel mit Energiezertifikaten für erneuerbare Energien. Deutschland, Großbritannien und Polen verlangen mehr Flexibilität bei der Erreichung dieses Ziels und auch Italien drängt auf eine Senkung des 10 %-Ziels der EU für Biokraftstoffe.

Der Bericht wendet sich ebenfalls an die Planungs- und Bauwirtschaft. Vorgeschlagen wird, Gebäude verstärkt als Erzeuger von Energie aus erneuerbaren Energiequellen anzusehen. Hierzu müssen vermehrt sogenannte Plus-Energie-Häuser zum Einsatz kommen, die mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen. Um dies zu erreichen, sollen dem Bericht zufolge entsprechende Vorschriften in die Baugesetze aufgenommen werden. Der Ausschuss des Europaparlaments wird Ende Juli 2008 über das Dossier abstimmen. Die Abstimmung im Plenum wird für September 2008 erwartet.

Weiterhin hat die EU-Kommission zum Thema Energieeffizienz ihre öffentliche Konsultation zur künftigen Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) am 20. Juni 2008 abgeschlossen. Im Rahmen der Konsultationen holte die Kommission mittels eines Online-Fragebogens Stellungnahmen interessierter Kreise zu dieser Richtlinie ein, die ihr die Ausarbeitung des neuen Vorschlags erleichtern sollen. Die Bundesarchitektenkammer hat dazu ebenfalls ausführlich Stellung bezogen. Ende dieses Jahres soll ein Vorschlag für die Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vorgelegt werden. [\(TH\)](#)

Den Bericht zur Förderung erneuerbarer Energien finden Sie [hier...](#)  
Die Stellungnahme der BAK zur Richtlinie zur Energieeffizienz finden Sie [hier...](#)

### 4.2 Neue Abfallrahmenrichtlinie im Europaparlament verabschiedet

Das Europäische Parlament hat am 19. Juni 2008 eine neue Abfallrahmenrichtlinie verabschiedet. Bis zum Jahr 2020 sind demzufolge die Mitgliedstaaten aufgefordert, mindestens die Hälfte des Hausmülls zu recyceln oder wiederzuverwerten. Besondere Erwähnung erfahren auch Bau- und Abbruchabfälle. Dort soll eine Recycling-Quote von 70 % erreicht werden, so die Mehrheit der Abgeordneten des Umweltausschusses des EU-Parlaments. Im Bereich des Bauwesens wird bereits seit einiger Zeit ein überwiegender Teil der Baustoffe in speziellen Aufbereitungsanlagen wiederverwertet, die beim Rückbau, Umbau und der Sanierung von Bauwerken als Bauschutt, Straßenaufbruch oder Bodenaushub anfallen (z. B. Beton, Mörtel, Kies, Splitt und Keramik).

Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten sollen sich an dem Ziel orientieren, die Abfallproduktion bis 2012 basierend auf dem Niveau von 2009 zu stabilisieren. Die Abstimmung im EU-Parlament war Teil der zweiten Lesung zur Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie. Bei dem Gesetzestext handelt es sich um einen Kompromiss zwischen den Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament, um die unterschiedlichen Abfall- und Recyclingpraktiken innerhalb der EU in Einklang zu bringen. Die Mitgliedstaaten sind nun aufgefordert, innerhalb von fünf Jahren Abfallvermeidungsprogramme zu erstellen.

Verbindlich ist die Einführung der sogenannten Fünf-Stufen-Hierarchie: An erster Stelle steht die Abfallvermeidung, gefolgt von Wiederverwendung, Recycling, sonstiger Verwertung und, als letztmögliche Option, die sichere Deponierung. Müllverbrennung ist erst dann als Verwertung einzustufen, wenn ein Mindestgrad an Energieeffizienz vorliegt. Dies bedeutet, dass bei der Verbrennung verwertbarer Strom oder Fernwärme entstehen müssen.

Eine Studie von PROGNOSE in Kooperation mit dem Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg und dem Institut für Umweltforschung der Technischen Universität Dortmund befasst sich ebenfalls mit einer nachhaltigen europäischen Abfallbewirtschaftung. Die Studie untersuchte mehrere Szenarien: vom „Business-as-usual“ bis hin zur vollständigen Einhaltung aller Weisungen im Bereich des Umweltschutzes und der Energieeffizienz. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das CO<sub>2</sub>-Reduktionspotential bei einer nachhaltigen Abfallentsorgung zwischen 30 % und 55 % liegt. [\(TH\)](#)

Die gesamte Studie können Sie [hier...](#) abrufen.

Die neue Abfallrahmenrichtlinie finden Sie [hier...](#)

## 5. REGIONALPOLITIK / STADT- UND RAUMPLANUNG

### 5.1 Grünbuch zum Thema Mobilität in der Stadt vom Parlament begrüßt

Das Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“, welches die EU-Kommission am 27. Februar 2008 vorgelegt hat, ist bei der Sitzung des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments am 5. Mai 2008 weitgehend befürwortet worden. Der EP-Abgeordnete Prof. Reinhard Rack legte hierzu einen Berichtsentwurf vor. Weitgehend begrüßt wird die Tatsache, dass das Grünbuch viele Aspekte urbaner Mobilität anspricht. Die EU-Kommission soll bei Fragen des Stadtverkehrs eine wichtigere Rolle spielen als bisher und wird daher aufgefordert, ein integriertes europäisches Gesamtkonzept zum städtischen Verkehr zu entwickeln und dabei auch zukünftige Veränderungen der Rahmenbedingungen (z. B. durch den demografischen Wandel) zu berücksichtigen. Gefordert wird unter anderem auch die Herausarbeitung gemeinsamer Standards zur europaweiten Einrichtung von Umweltzonen und Mautsystemen.

Die Verbreitung und der Austausch bewährter Praktiken (best practice), die Erarbeitung nachhaltiger Mobilitätspläne oder die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Hinblick auf Effizienz, Attraktivität und Zugänglichkeit finden dabei ebenfalls Erwähnung. Die Finanzierung von Projekten und Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Mobilität soll in Abstimmung mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und aus Mitteln der Struktur- und Kohäsionsfonds erfolgen. Weiterhin stellt der Bericht fest, dass Kriterien wie z. B. die landschaftsverbrauchende Zersiedelung des Stadt-Umland-Bereiches (urban sprawl) sowie der Umweltverschmutzung zukünftig besser berücksichtigt werden müssen.

Einige Aspekte des Grünbuchs finden sich bereits in einigen aktuellen europäischen Maßnahmen wieder, welche die städtische Mobilität zum Gegenstand haben. Dazu gehören Initiativen wie „Niches“ oder „Vivaldi“, die bereits erfolgreich getestet wurden. Beide Initiativen unterstützten bereits zwölf Projekte und fünf Städte bei ihrer Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen Mobilität im Stadtraum. In diesem Zusammenhang können der Einbau von schwimmenden Bodenplatten unter Straßenbahnschienen in Athen oder die Verwendung von poroelastischen Straßenbelägen in Göteborg als Beispiele genannt werden. Die BAK begleitet das Thema Mobilität primär im Ausschuss der Stadtplaner und im Ausschuss „Planen und Bauen“. [\(TH\)](#)

Den Berichtsentwurf finden Sie [hier...](#)

Informationen zu den Initiativen erhalten Sie [hier...](#) für „Vivaldi“ und [hier...](#) für „Niches“.

## 5.2 Weiterentwicklung von Territorialen Agenda und Leipzig Charta als Hauptthemen der scheidenden slowenischen Ratspräsidentschaft

Die am 30. Juni 2008 zu Ende gegangene slowenische Ratspräsidentschaft hat die Weiterführung und Umsetzung der Territorialen Agenda sowie der Charta von Leipzig erfolgreich vorangetrieben. Zu diesem Fazit kommt der scheidende Ratspräsident Janez Jansa. Das Generalsekretariat der slowenischen Ratspräsidentschaft bereitet derzeit den endgültigen Bericht über die Maßnahmen und Strategien vor, die in den einzelnen Mitgliedsstaaten und auf der EU-Ebene getroffen bzw. implementiert wurden.

Hervorgehoben wird besonders die Verwirklichung eines ersten Aktionsprogramms im Rahmen der Territorialen Agenda. Dieses Aktionsprogramm hat hauptsächlich Maßnahmen und Strategien im Bereich der regionalen Vernetzung zum Gegenstand. Die nationale Umsetzung der Charta von Leipzig habe ebenfalls während der slowenischen Ratspräsidentschaft an Fahrt gewonnen und sei mit den Themen Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und Klimawandel im Bewusstsein weiter Kreise der europäischen Bevölkerung angekommen. Diese erfreuliche Entwicklung müsse weiterverfolgt werden, so Janez Jansa abschließend. Die französische Ratspräsidentschaft, die turnusgemäß am 1. Juli 2008 den Vorsitz übernommen hat, werde sich ebenfalls mit der nachhaltigen Stadt- und Raumpolitik ebenfalls befassen, erklärte der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy. [\(TH\)](#)

Weitere Informationen finden Sie [hier...](#)

## 6. FÖRDERPROGRAMME UND AUSSCHREIBUNGEN

### 6.1 „Concerto“ Initiative gestartet

„Concerto“ ist eine Initiative der Europäischen Kommission im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms zur Unterstützung von Städten und Gemeinden bei der Entwicklung energieeffizienter Demonstrationsprojekte. Die Projekte sollen forschungsrelevante und innovative Ergebnisse erbringen, die dann auf europäischer Ebene weiterentwickelt werden sollen. In erster Linie handelt es sich um Maßnahmen zur Implementierung erneuerbarer Energiequellen im Wohnbereich sowie einem effizienten Gebäudedesign und -management. Nach der erfolgreichen Sanierung sollen die Gebäude das gleiche Energieverbrauchsniveau wie Neubauten nach den europäischen bzw. nationalen Vorschriften erreichen, so das erklärte Ziel der Initiative. Bezüglich der förderfähigen Volumina wurden von der EU-Kommission folgende Angaben gemacht: 100 €/m<sup>2</sup> sanierte Gebäudefläche, 1.200 €/kW durch erneuerbare Energieträger, 5.500 €/kW Photovoltaik oder 500 €/m<sup>2</sup> Solarenergie. Das Gesamtbudget beläuft sich auf rund 120 Mill. € für die Jahre 2008-2013. Antragsteller für „Concerto“ können ausschließlich Kommunen sein. Der erste Projektauftrag ist noch bis 8. Oktober 2008 geöffnet. [\(TH\)](#)

Weitere Informationen gibt es [hier...](#)

### 6.2 Interreg IV C – 2. Call öffnet am 27. Oktober 2008

Aufgrund der großen Resonanz im Rahmen der ersten Ausschreibungsrunde hat sich die Generaldirektion Regionalpolitik entschieden, einen zweiten Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Interreg IV C Programms zu veröffentlichen. Die Öffnung ist für den 27. Oktober 2008 vorgesehen und wird am 30. Januar 2009 enden. Thematisch fokussiert der 2. Aufruf die beiden Themenkomplexe „Innovation und Wissensgesellschaft“ sowie „Umweltschutz und Risikovorbeuge“. [\(TH\)](#)  
Interessierte finden [hier...](#) weitere Informationen zur Antragstellung.

### 7.1 UIA-Politik, Arbeitsgruppen, Veranstaltungen und diverse Informationen

#### 7.1.1 XXIII. UIA Weltkongress 2008 in Turin

In Turin fand vom 29. Juni bis 3. Juli 2008 der diesjährige XXIII. Architekten-Weltkongress der Union Internationale des Architectes (UIA) unter dem Thema „Transmitting Architecture“ statt. Das Thema bezeichnet die Rolle der Architektur als Kommunikationsmittel gegenüber der Gesellschaft sowie als Auffangbecken für Energien und Ideen.

Aufgeteilt nach den Bereichen Kultur (Vergangenheit), Demokratie (Gegenwart) und Hoffnung (Zukunft) wurde den rund 7000 registrierten Teilnehmern ein vielfältiges, wenn auch nicht sehr übersichtliches Programm von Vorträgen, Workshops, Referaten und Foren präsentiert, deren Bandbreite von A wie „Architecture for all“ bis Y wie „Young Architecture“ reichte. In Lectios Magistrales sprachen u.a. Kengo Kuma, Peter Eisenman, Dominique Perrault, Massimiliano Fuksas, Mathias Klotz und Thomas Herzog sowie der Friedensnobelpreisträger des Jahr 2006, Muhammad Yunus.

Deutsche Architekten, die aktiv in UIA-Arbeitsgruppen vertreten sind, stellten ihre Arbeit in Ausstellungen und Foren vor, z.B.

- Architektur und Schule (hier: Architecture and Children), Dr. Hannes Hubrich, AK Thüringen;
- Forum School+, Prof. Frid Bühler, Konstanz / Prof. Herbert Bühler, Münster;
- UIA Ausbildungskommission sowie Arbeitsprogramm Sport und Freizeit, Prof. Jörg Joppien, Berlin/Dresden;
- Internationale Wettbewerbe, Barbara Ettinger-Brinckmann, AK Hessen sowie Wolf Tochtermann;
- Nachhaltigkeit, Nina Nedelykov, Berlin und
- Berufspraxis, Dr. Tillman Prinz, BAK.

Außerdem präsentierten sich Internationale Organisationen, Firmen und Verlage und warben auf den Messen ARCHITEX und Architektonika für ihre Produkte.

Mit dem Ausspruch von Albert Einstein, dass wir „Probleme nicht lösen können, indem wir das gleiche Denken anwenden, mit dem wir sie schufen“ wurde der Kongress mit der „Turin-Deklaration“ abgeschlossen, die sich in 11 Punkten dem Thema Mega-Städte und Ökosystemkrise widmet.

Allgemeiner Kritikpunkt zu Programm und Ablauf des diesjährigen Kongresses in Turin war neben der mangelhaften Organisation der kaum sichtbare „rote Faden“ im Programm. Die Kongresse, die im Dreijahresrhythmus durchgeführt werden, wurden 1948 etabliert, um Architekten und Studenten aus aller Welt ein Forum für den beruflichen und kulturellen Austausch zu bieten. Kritisiert wurde auch, dass solche Veranstaltungen im Zeitalter des Internet, über das jeder die Welt der Architektur bereisen und Kontakte knüpfen könne, nicht mehr zeitgemäß seien. Für zukünftige Kongresse müsse dies auch zu einem Überdenken der Selbstdarstellung von Architekten und Architektur bedeuten, weg von der Selbstinszenierung und hin zu einer synergetischen und modernen Kommunikation. Der nächste Weltkongress 2011 in Tokio wird hier hoffentlich neue Wege beschreiten.

Die Bundesarchitektenkammer selbst präsentierte sich in Turin mit ihrem Informationsstand auf dem Kongressgelände und der Ausstellung „Auslandsbeziehungen. Junge Architekten aus Deutschland“, die zusammen mit dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und der Deutschen Welle sowie dem Goethe-Institut Turin in dem von Renzo Piano umgebauten Politecnico al Lingotto gezeigt wurde. In einem offiziellen Festakt, an dem neben ca. 200 Eingeladenen auch der scheidende Präsident der UIA, Gaetan Siew sowie UIA-Generalsekretär Jordi Farrando teilnahmen, wurde die Ausstellung vom stellvertretenden deutschen Generalkonsul Thomas Gerlach am 30. Juni offiziell eröffnet.

Die Ausstellung fand während der Kongresszeit großen Zulauf, wovon auch die Ausstellungen der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen „KidS - Kammer in der Schule, Projekte“ und des BDA Berlin „Stadtwohnen“ profitieren konnten, die unter dem gleich Dach gezeigt wurden. ([CS](#))

### 7.1.2 XXIV. UIA Generalversammlung

Im Anschluß an den Kongress fand vom 3. bis 6. Juli die Generalversammlung der UIA statt, die überschattet wurde vom tragischen und unerwarteten Tod des Vizepräsidenten der Region Westeuropa und Präsidentschaftskandidat Giancarlo Ius, Italien. In seiner Abschlusserklärung zur Generalversammlung teilte der scheidende Präsident Gaetan Siew mit, dass er seine Zeit als Präsident der UIA (2005-2008) offiziell mit Giancarlo Ius als geteilte Präsidentschaft in der UIA verstanden haben möchte. Desweiteren wird ein „Giancarlo Ius Preis für Architektur“ eingeführt, der 2011 in Tokio das erste Mal vergeben werden soll.

Die knapp 300 Delegierten aus aller Welt – die UIA hat mittlerweile Mitgliedsorganisationen in 132 Ländern und vertritt 1,5 Millionen Architekten weltweit – haben bei der Generalversammlung auch über die Arbeitsschwerpunkte und Finanzen der kommenden drei Jahre entschieden. Vorgetragen wurden auch Rechenschaftsberichte aus dem Rat der UIA und den Arbeitsgruppen und Kommissionen.

Angeregt durch das Royal Institute of British Architects und in Abstimmung mit weiteren Mitgliedsorganisationen der Region Westeuropa brachte Prof. Arno Sighart Schmid eine Resolution zum Klimawandel ein, die von den Delegierten beschlossen wurde. Diese zielt auf die UN-Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen, auf der eine Nachfolgevereinbarung für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll verhandelt wird. Mit dieser Resolution fordert die UIA mehr internationale Zusammenarbeit und kündigt eine Kampagne an, in der sie Einschränkungen für Kohlendioxid-Großemittenten und größere Spielräume für unterentwickelte ebenso wie für Entwicklungsländer fordert.

Abschließend wählten die Delegierten ihre Vertreter in den Rat der UIA und den Austragungsort des Kongresses 2014. Neue Präsidentin der UIA ist die Australierin Louise Cox; als neuer Schatzmeister wurde Goh Chong Chia aus Singapur gewählt. Der amtierende Generalsekretär der UIA, Jordi Farrando (Spanien) wurde in seinem Amt bestätigt, gleiches gilt für die deutschen Mitglieder im Rat, Nina Nedelykov (Berlin) und Stellvertreter Dr. Hannes Hubrich (Weimar). Der UIA-Kongress 2014 wird in Durban/ Südafrika stattfinden. ([CS](#))

### 7.1.3 UIA-Sponsoren

Im Rahmen der UIA-Generalversammlung präsentierten sich auch die neu gewonnenen Sponsoren der UIA mit Kurzvorträgen. Diese sind:

- Holcim Foundation (Schweiz)
- ArcelorMetal (Luxembourg)
- Philips (Niederlande)
- Kone (Finnland)
- Trox Technik (Deutschland)
- Dow Corning (USA)
- Somfy (Frankreich)

Die Sponsoren, die sich mit unterschiedlichen finanziellen Beiträgen als Kooperationspartner der UIA zur Verfügung stellen, sollen Teil eines multikulturellen, innovativen und kreativen Netzwerkes sein, das Antworten auf Fragen und Erwartungen von Architekten gibt. ([CS](#))

### 7.2 UIA und andere Veranstaltungen

- **Amerikanische Architektur-Biennale BAQ/2008**

Für ihre diesjährige Architektur-Biennale BAQ/2008 vom 17. bis 21. November 2008 unter dem Motto „Lateinamerikanische Architektur fühlen“ ruft das Ecuadorianische Colegio de Arquitectos (in Zusammenarbeit u.a. mit der UIA) zur Teilnahme an einem internationalen Wettbewerb auf. Zum Thema „Social Habitat and Development“ können zwischen 2004 und 2008 fertig gestellte Projekte eingereicht werden; Teilnahmegebühr: US\$ 100. ([CS](#))  
Mehr Informationen [hier...](#)

### 7.3 UIA und andere Wettbewerbe

Über die Preisträger der diesjährigen UIA-Goldmedaille sowie der UIA-Preise berichteten wir bereits in unserem Bericht aus Brüssel 2/2008. Kurz vor Beginn des UIA-Weltkongresses erreichten uns jedoch noch folgende Juryentscheidungen über eine UIA-begleitete Ausschreibung:

- **Internationaler Torsanlorenzo Preis 2008: Ergebnisse**  
Dieser international ausgeschriebene Preis wurde zur Förderung von Landschaftsprojekten und der Qualität urbaner Grünflächen initiiert. Die Preisträger und ihre Projekte der diesjährigen Ausschreibung sind:

*Kategorie Landschaftsdesign und Transformation von Terrain*

1. Preis: Paulinum Schule in Schwaz/Österreich (Architekt Rainer Schmidt, Österreich)
2. Preis: Sforza Cesarini Garten in Rom (Architektenteam aus Italien)

*Kategorie Urbane Grünflächen*

1. Preis: Colline de la Paix in Finocchio/Italien (Architektenteam aus Italien)
2. Preis: General Maister Park in Ljubno ob Savinji/Slovenien (Architektenteam aus Slowenien)

#### *Kategorie Private Gärten*

1. Preis: Villengarten St. Gilgen, Salzburg/Österreich (Architekt Rainer Schmidt, Österreich)
2. Preis: Atlas Appartments, Sydney/Australien (Architekt A. Mc Gregor und L. Ward, Australien) ([CS](#))

Weitere Informationen [hier...](#)

- **Internationaler Wettbewerb in Beirut**

Unter dem Titel „House of Arts and Culture“ wurde während des UIA-Weltkongresses in Turin der internationale Wettbewerb für den Bau eines Zentrums für Kunst und Kultur in der Beiruter Innenstadt ausgerufen. Noch bis zum 29. September 2008 können Interessierte Projekte einreichen, unter denen 3 Preise vergeben werden (1. Preis: 40.000 US\$, 2. Preis: 30.000 US\$, 3. Preis: 20.000 US\$). ([CS](#))

Registrierung und Informationen [hier...](#)

## 7.4 ACE

- **Aus der Sitzung Arbeitsgruppe „Lehre“ (Education)**

Am 6. Juni 2008 trafen sich die Mitglieder der ACE-Arbeitsgruppe „Lehre“ (Education) in Brüssel. Behandelt wurden dabei u.a. folgende Punkte:

1. Der weitere Verlauf der Verhandlungen über Änderungen der Richtlinie für die Anerkennung von Berufsqualifikationen (2005/36/EG) ist noch offen. Ein Schreiben des ACE an Pamela Brumter-Coret, Leiterin der Einheit „Reglementierte Berufe“ der Generaldirektion MARKT über Änderungsvorschläge wird verfasst. Insbesondere die Gesamtdauer der Ausbildung bei Architekten von vier auf fünf Studienjahren wird nachdrücklich gefordert.
2. Der Ansatz für eine verstärkte architektonische Bildung in Schulen, Hochschulen und anderen pädagogischen Einrichtungen wurde erörtert. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, welche Kenntnissen und Fähigkeiten im Arbeitsleben von Architekten vorherrschend gebraucht werden und welche Maßnahmen, Initiativen und Programme nötig sind, um dies effektiv im Bewusstsein der Gesellschaft zu verankern.
3. Vorstellung des Qualitätslabels für Lebenslanges Lernen (CPD) der UIA durch Rafael Pellicer (Spanien). Hintergrund ist die gemeinsame Absichtserklärung von UIA und der spanische Architektenkammer zur Etablierung von Programmen und einer Zertifizierung für ein Lebenslanges Lernen von Architekten. Die spanische Architektenkammer (CSCAE) wurde von der UIA mit der Einrichtung eines Akkreditierungsprogramms zur Prüfung, Inspektion und Zertifizierung von Ausbildungsstätten für Architekten beauftragt. Das derzeit vom Royal Institute of British Architects (RIBA) verwendete Akkreditierungssystem zur Vergabe eines Qualitätslabels wurde in diesem Zusammenhang kontrovers diskutiert.

4. Im Rahmen des Bologna-Prozesses und zur Thematik der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen gab es ebenfalls eine Positionierung. Abgelehnt wird auch weiterhin die Anerkennung von Studienabschlüssen, die in weniger als vier Jahre Vollzeitstudium erlangt werden können. Diese gewährleisten aus Sicht der Teilnehmer kein ausreichendes Qualifikationsniveau. ([TH/CS](#))

## 8. KURZ NOTIERT

- **Herausforderungen und Strategien für Metropolregionen - CEMAT-Symposium in St. Petersburg**

Annähernd 200 Regierungsvertreter und Experten aus ganz Europa kamen am 26. und 27. Juni 2008 zu einem internationalen Symposium der Europäischen Raumordnungsministerkonferenz (CEMAT) in Sankt Petersburg/Russland zusammen, um über Herausforderungen und Strategien für Metropolen und Metropolregionen in Bezug auf ihre kulturellen, ökonomischen und ökologischen Potentialen zu diskutieren. Das Symposium dient auch als vorbereitende Veranstaltung auf die 15. Ministerkonferenz des Europarates, die 2010 in Russland unter dem Motto „Future challenges: sustainable spatial development of the European continent in a changing world“ stattfinden wird. ([TH](#))

Zusätzliche Hinweise erhalten Sie [hier...](#)

- **Manifest zu einer Neuen Urbanität: die European Urban Charter II**

Auf seiner Plenarsitzung in Strassburg nahm der Europarat-Kongress der Gemeinden und Regionen Europas am 29. Mai 2008 eine Grundsatzerklärung zu einer „Neuen Urbanität“ an (European Urban Charter II). Dadurch wird die im Jahr 1992 verabschiedete Urban Charter vervollständigt und den aktuellen Entwicklungen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene angepasst. Hervorgehoben wird unter anderem die herausragende Stellung und Chancen von Städten bei der erfolgreichen Umsetzung innovativer ökologischer, ökonomischer und sozialer Ansätze im Städtebau. Das Manifest will Politiker und Planer die Möglichkeit geben, sich durch aktive Mitarbeit an der Entwicklung von nachhaltigen Stadtkonzepten zu beteiligen. ([TH](#))

Mehr dazu finden Sie [hier...](#)

- **European Mobility Week 2008**

Vom 16. bis 22. September 2008 findet in mehr als 2.000 Städten und Gemeinden die „European Mobility Week“ statt. Diese Initiative der EU-Kommission zielt darauf ab, Mobilität und langfristige Verkehrsstrategien sowie die Lebensqualität der Bürger in Europa zu verbessern. An der diesjährigen europäischen Woche der Mobilität, die unter dem Motto „Saubere Luft für alle“ steht, kann sich jede europäische Gemeinde und Stadt beteiligen. ([TH](#))

Weitere Informationen erhalten Sie [hier...](#)

- **Open Days 2008 – Europäische Woche der Regionen und Städte**

In der Woche vom 6. bis 9. Oktober 2008 findet in Brüssel die Europäische Woche der Regionen und Städte mit einer Reihe von Informationsveranstaltungen, Vorträgen und Diskussionsforen statt. Hauptthema der Open Days 2008 sind die Herausforderungen europäischer Regionen und Städte im Zeichen einer immer stärkeren Internationalisierung und Globalisierung. (TH)

Informationen und Anmeldung zu den Open Days 2008 finden Sie [hier...](#)

- **Weltkonferenz zu Nachhaltigem Bauen in Melbourne**

Die Konferenzreihe World Sustainable Building (SB08) ist eine wissenschaftliche Veranstaltung, zu dem sich führende internationale technische Experten und Forscher im Bereich der nachhaltig gebauten Gebäude versammeln. Die SB08 Melbourne wird den traditionellen Fokus auf technische Entwicklungen und Fallstudien im Bereich des nachhaltigen Bauens fortsetzen. Der Workshop findet in Melbourne, Australien am 21. September 2008 statt. (TH)

Informationen dazu und Anmeldung [hier...](#)

- **bdla-Planerforum 2008 in Rotterdam**

Das diesjährige Planerforum des Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla wird vom 4. bis 6. September 2008 in Rotterdam stattfinden. Wieder wird es darum gehen, herausragende Projekte der Landschaftsarchitektur vor Ort zu besichtigen und zu diskutieren. Desweiteren stehen die Triennale 2008 in Apeldoorn, 100 Tage Kultur, Garten Landschaft und der Kröger-Müller-Skulpturenpark in Otterlo auf dem Programm.

Bei Interesse kontaktieren Sie die [Website](#) des bdla. (CS)

- **Stadtentwicklungskongress in Riga**

Die lettische Hauptstadt Riga ist in diesem Jahr vom 26. bis 29. Oktober 2008 Tagungsort des 32. Kongress für Stadtentwicklung der INTA, der Internationalen Organisation für Stadtentwicklung. (CS)

Informationen und Anmeldung [hier...](#)

## 9. IN EIGENER SACHE

### Europaseminar zur Bundeskammerversammlung 2008

Das diesjährige Seminar findet am 11. September 2008, in der Zeit von 14.00 bis 17.00 Uhr in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin statt.

Schwerpunkt des Seminars wird das institutionelle Zusammenspiel der Europäischen Institutionen selbst und die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Wahrnehmung der Interessen gegenüber den Europäischen Institutionen sein.

Neben der Veranschaulichung der institutionellen Strukturen sollen vor allem die konkreten Einflussmöglichkeiten der Kammern über die jeweiligen Bundesländer herausgearbeitet und die politische Praxis der Zusammenarbeit zwischen Landes-, Bundes- und europäischer Ebene in einer Podiumsdiskussion angesprochen werden. Dazu wurden Vertreter der beteiligten Institutionen eingeladen, zugesagt hat für das Europäische Parlament bereits der Abgeordnete Rainer Wieland MdEP. (JJ)